

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Botenlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeldhändler und alle Postanstalten entgegen.

Die Stellung der U. S. P. zur Regierungsbildung.

Die Morgenblätter vom Sonnabend brachten in aufregendem Druck die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die Stellung zur Regierungsbildung enthalten. Im letzten Abschnitt war dann mitgeteilt worden, die sozialdemokratische Fraktion habe sich an den U. S. P. Vorstand mit der Frage gewendet, ob und unter welchen Umständen sie sich an einer Regierungsbildung beteiligen würde. Das Schreiben der rechtssozialistischen Fraktion an unseren Parteivorstand hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 1. Oktober 1921.

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.

Werte Genossen!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung über die zur Vorbereitung der Regierungsbasis gegebenen Anregungen beraten. Die Debatte ergab, daß für die Sozialdemokratische Partei nur eine Umbildung des Kabinetts Wirth in Frage kommt. Dabei wurde betont, daß die Position des Kabinetts Wirth innen- u. außenpolitisch gestärkt würde, wenn die U. S. P., die bisher das Kabinett Wirth wohlwollend unterstützt hat, bereit wäre, Mitglieder in das Kabinett zu delegieren.

Durch Beschluß unserer Fraktion bin ich beauftragt, Sie zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen Sie bereit wären, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Gleichzeitig ersuchen wir um Stellungnahme zur eventuellen Beteiligung Ihrer Partei an der Regierung in Preußen.

Ihrer baldigen Antwort sehe ich gerne entgegen.

Mit Parteigruß für den Vorstand der SPD.: Hermann Müller.

Auf dieses Schreiben haben Zentralkleitung und Reichstagsfraktion folgende Antwort erteilt:

Berlin, 1. Oktober 1921.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW., Lindenstraße 3.

Werte Genossen!

Auf Ihren Brief vom 1. Oktober erwidern wir Ihnen das Folgende: Die U. S. P. hat bisher die bei der Annahme des Londoner Ultimatum gebildete Regierung Wirth in der loyalen Erfüllung des Ultimatum und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist.

Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Volkes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatum, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und Hirsch-Duncker'schen Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schulter an Schulter stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse erfordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungspflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Volkes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.
2. Wirksame Maßnahmen zum Schutz der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl; gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angehörigen und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden.
3. Fortführung der Sozialpolitik.
4. Sozialisierung des Bergbaues.
5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatum zu erfüllen.

Wenn die SPD. an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die U. S. P. bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage unsererseits fragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der U. S. P. eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb ersuchen wir die Leitung der SPD. zunächst darüber Klarheit zu schaffen und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist sinngemäß die gleiche.

Mit sozialistischem Gruß
Zentralkleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
J. A. A. Crispian.

Die Münchner Morgenpost zur Regierungsbildung im Reich.

München, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Zur Frage der Regierungsbildung im Reich sagt die Münchner Morgenpost, nachdem sie die Beschlüsse der Fraktionen der SPD. und der U. S. P. veröffentlicht hat: „Nach dieser Stellungnahme der U. S. P. wird es der SPD. fortan nicht mehr möglich sein, unter Berufung auf eine angebliche Abstimmungsliste der U. S. P. ihre Koalitionspolitik zu rechtfertigen, die jetzt nach dem Beschluß des Görlicher Parteitag zu einer Verbindung mit der Deutschen Volkspartei führen soll. Die Bedingungen der U. S. P. sind so formuliert, daß es nunmehr von dem Verhalten der jetzigen Regierungsparteien im Reich abhängt, ob der Schutz der deutschen Republik durch eine Linkskoalition garantiert wird oder ob durch die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei noch einmal die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Republik insollert werden. Die U. S. P. gibt von ihren sozialistischen Grundfäden nichts auf, sie wählt nur das kleinere Übel und ist die bürgerlichen Mittelparteien vor die Frage, ob sie eine ehrliche demokratische Politik im Interesse der deutschen Republik wollen.“

Bestätigung der Meldungen über die Münchner Mörderzentrale.

München, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Zu den Enthüllungen über die Münchner Mörderzentrale stellt unser Münchner Parteiblatt, die Münchner Morgenpost, fest, daß das von der Münchner Post veröffentlichte Material mit ihren Informationen genau übereinstimmt. Die Münchner Morgenpost kündigt an, daß sie selbst noch wichtiges Material veröffentlichen werde.

Die deutschnationalen Heuchler.

Berlin, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Als Illustration zu den Reinwaschungsversuchen der Deutschnationalen durch den Abgeordneten Herzog im Reichstag kann folgende Notiz der Welt am Montag dienen: „Amittelbar nach dem Nord an Erzberger erklärte der Berliner Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Straß, in öffentlicher Versammlung: „Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist, es ist durchaus richtig, wenn wir uns Freude darüber ausdrücken, denn was man als schädlich erkannt hat, muß man beseitigen.“ Herr Straß ist noch Hauptgeschäftsführer bei den Deutschnationalen und hat am 1. Oktober in einer deutschnationalen Versammlung in Berlin gesprochen und redet heute in einer andern, ist also noch als Parteibeamter tätig.“

Clemenceaus Sicherheiten.

Berlin, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Clemenceau hielt gestern bei der Einweihung eines für ihn selbst in der Vendée errichteten Denkmals eine Rede, in der er sagte, daß das Fest das des siegreichen Vaterlands sei. Nach der vollendeten Reparation stehe nichts höher als die Sicherheit Frankreichs. Man wolle den Weltfrieden sicherstellen bis zum äußersten Osten, aber der Stille Ozean sei sehr weit und die deutsche Grenze sehr nahe. Die Washingtoner Konferenz könne bei der augenblicklichen Lage der Dinge eine schöne Gelegenheit finden, die Fehler der Ausführung wieder gut zu machen, die heute eintretbar seien. Niemand könne die Sache Frankreichs vom gleichen Gesichtspunkt aus betrachten, wie die Frage des Stillen Ozeans. Eine finanzielle Niederlage Frankreichs würde in diesem Augenblick für Frankreich das gleiche bedeuten, wie eine Niederlage der Waffen. Jede Verminderung der finanziellen Verpflichtung Deutschlands dadurch, daß man ihm die Gesamtausführung erleichtere, verringere zu gleicher Zeit die Bürgschaften für die Sicherheit, deren Verordnung (?) nach dem Wortlaut des Friedensvertrages als Strafe für Verfehlungen von Seiten Berlins zuzüglich sei.

Abstimmung über die Friedensverträge am 14. Oktober.

Washington, 3. Oktober. (U. S. P.) Der amerikanische Senat hat einstimmig beschlossen, daß die Abstimmung über die Ratifikation der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn am 14. Oktober stattfinden soll.

Verhehltes Doppelspiel.

Die rechtssozialistische Führerschaft befindet sich in übler Lage. Sie hat durch ihren Beschluß in Görlich nicht nur eine heftige Opposition in der eignen Partei erweckt, die stärker wird, je mehr die verwerflichen Folgen des Beschlusses hervortreten, sondern sie hat auch die Stellung des Reichszanlers Wirth untergraben und die Rechtsabwendung der Reichspolitik herbeigeführt. Jetzt graut den Vätern dieser genialen Taktik und sie möchten gut machen, was noch gutzumachen ist und ihre Verantwortung für den Schaden, den sie angerichtet haben, los werden. In dieser Not sind sie auf einen vermeintlich gescheiterten Gedanken verfallen — sie wollen ihrer großen und entrüsteten Anhängerliste zeigen, daß nicht sie, sondern die bösen Unabhängigen die Schuldigen an der ganzen Misere sind, und zu diesem Zwecke haben sie die bekannte Anfrage an unsere Parteileitung und Reichstagsfraktion gerichtet, ob sie bereit sei, in die Reichsregierung einzutreten.

Damit soll die Harmlosigkeit des Görlicher Beschlusses erwiesen werden, soll gezeigt werden, daß er keineswegs das Koalitionsangebot an die Stinnespartei, keineswegs die Einladung an diese bedeute, in die Regierung einzutreten. Die Anfrage an unsere Partei soll der Öffentlichkeit demonstrieren, daß der Beschluß nur ganz allgemein die Bedingungen für jene Parteien formulierte, die für eine Regierungsbildung mit der SPD. in Frage kommen könnten, daß er also auch die Koalition mit der U. S. P. betreffe und daß eben nur die Haltung der U. S. P. es verschulden würde, wenn er schließlich zu einer Anbandelung mit der Partei der Schwerindustrie führen würde.

Dieses Spiel könnte politisch harmlos täuschen, wenn die Neben von Görlich nicht wären. Man braucht sie nur flüchtig anzusehen, um zu wissen, was die Absicht der rechtssozialistischen Führerschaft dort war. Man braucht nur nachzuschlagen, was Scheidemann und Otto Braun gesagt haben, denen die Bindung durch die an sich schon sehr dehnbaren Bedingungen des Beschlusses noch zu weit gingen, die am liebsten in den Verhandlungen mit den Streikmännern völlig frei gewesen wären. Wenn die Rechtssozialisten mit der U. S. P. über die Regierungsbildung hätten sprechen wollen, so wäre der Beschluß von Görlich ja absolut nicht notwendig gewesen. Ihm stand ja nichts im Wege, der Beschluß von Kassel, der in Görlich besiegelt wurde, verbot nur die Koalition mit der Stinnespartei. Wenn eine Verbreiterung der Koalition nach links in Frage gekommen wäre, so war die Auffstellung von derartigen schwachmütigen Bedingungen, wie sie der Görlicher Beschluß vorsieht, eine Unmöglichkeit. Denn diese Forderungen gleichen lediglich die äußerste Grenze, bis zu welcher die Partei einer rechtsstehenden Partei entgegenkommen könnte. Wollte man ein Programm aufstellen, dessen Durchführung auf die Mitwirkung der U. S. P. berechnet war, so hätte es sicherlich weit anders, klarer und bestimmter geklungen, so wäre z. B. an Stelle des Kaufschubbegriffes „weltstehende Heranziehung der Bestehenden zur Steuerlast“ die positive Forderung „Erfassung der Goldwerte“ gesetzt worden. Es ist wirklich nicht notwendig, sich mit dieser Ausrede der rechtssozialistischen Führer nach all dem ernsthaft zu befassen. Was sie gewollt haben, liegt klar zu Tage, was sie verdorben haben, nicht minder.

Nun bleibt die Frage, ob sie den Schaden noch wieder gutmachen können. Sie tun so, als könnten sie es. Sie tun so, als wären sie heute noch ebenso frei, wie vor dem Görlicher Beschluß. Aber das ist bestenfalls eine Selbsttäuschung. Was sie mit diesem Beschluß verhängen haben, das läßt sich nicht so leicht wieder zusammensetzen. Die bürgerlichen Parteien haben Ohren, um zu hören und Augen, um zu sehen. Da sie die Bereitwilligkeit der rechtssozialistischen Führer gesehen haben, der Forderung nach der nach rechts erweiterten Koalition nachzugeben, da sie gehört haben, daß die Herren Scheidemann und Braun auch anders können, als in Kassel und als bei der preussischen Regierungsbildung, so werden sie keinerlei Reigung verspüren, anstatt dessen auf eine ihnen verhasste Koalitionserweiterung nach links mit der für sie sehr bedenklichen U. S. P. einzugehen. Jetzt beharren sie um so fester auf der Forderung, daß die Streikmänner in die Regierung aufgenommen werden müssen, um so fester, als sie damit in der brenzligen Steuerfrage die Phalanx gegen die Erfassung der Goldwerte verstärken können. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß der rechte Flügel des Zentrums und wahrscheinlich die Mehrheit der Demokraten der Erfassung der Goldwerte heftig abgeneigt ist, daß es diesen Leuten auch stark vor der Republikanisierung der Reichswehr und der Demokratisierung der Verwaltung und der Justiz graut, weil sie darin nicht mit Unrecht eine Verstärkung der Position der Arbeiterklasse sehen, die sie auf jeden Fall verhindern möchten.

Diese Strömungen im Zentrum und unter den Demokraten konnten vor Görlich allenfalls damit niedergehalten werden, daß die Notwendigkeit zur Erhaltung der Koalition mit der Sozialdemokratie bestehe, weil ohne sie nur ein Bloß mit den Deutschnationalen eine Mehrheitsbildung ermöglige, was die Gefahr des Bürgerkrieges, vor der diese Herren zurückschrecken, in gefahr-